

Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten für die Posteraktion des Deutschen Pflegerats im Kontext zum Deutschen Pflegeitag 2026

Deutscher Pflegerat e.V.
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
Deutschland

Externer Datenschutzbeauftragter
Wirtschaftskontor Weinert WKW Beratungsgesellschaft mbH
André Weinert
Beim Wendentor 1
18055 Rostock
Deutschland
Telefon: 0381-8170820
E-Mail: a.weinert@wirtschaftskontor-weinert.de

Verantwortlichkeiten

Deutscher Pflegerat e.V.
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
Deutschland

Kurzbeschreibung

Der Deutscher Pflegerat e.V. führt im Rahmen des Deutschen Pflergetags 2026 eine Posterausstellung durch. Unter dem Motto „#Pflege.Wirkt - Impulse der Profession zum Wandel in der Gesundheitsversorgung“ werden Abstracts eingereicht, die innovative, wissenschaftliche, pflegefachliche oder berufspolitische Impulse zur Weiterentwicklung der Pflege sichtbar machen.

Die Einreichung erfolgt über ein onlinebasiertes Formular (Microsoft Forms). Die eingereichten Beiträge werden gesichtet und in einem mehrstufigen Auswahlverfahren geprüft. Bis zu 20 Beiträge werden für die Präsentation im Rahmen der Posterausstellung beim Deutschen Pflergetag nominiert. Ausgewählte Beiträge können besonders gewürdigt werden.

Im Zusammenhang mit der Einreichung, Auswahl, Organisation, Durchführung und Nachbereitung der Posterausstellung werden personenbezogene Daten der Einreichenden verarbeitet, soweit dies hierfür erforderlich ist.

Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zu folgenden Zwecken:

- zur Entgegennahme und Bearbeitung der eingereichten Abstracts im Rahmen der Posterausstellung beim Deutschen Pflegeetag 2026,
- zur Organisation, Durchführung und administrativen Abwicklung der Posterausstellung, einschließlich der Kommunikation mit den Einreichenden,
- zur Sichtung, Bewertung und Auswahl der eingereichten Beiträge im Rahmen eines mehrstufigen Auswahlverfahrens,
- zur Benachrichtigung der Einreichenden über den Stand des Auswahlverfahrens (z. B. Eingangsbestätigung, Nominierung oder Absage),
- zur organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der Posterausstellung vor Ort beim Deutschen Pflegeetag,
- zur Weitergabe der erforderlichen Daten (insbesondere Name der Autorin bzw. des Autors, Titel des Posters sowie weitere veranstaltungsbezogene Angaben) an die DPSG (Deutscher Pflegeetag Servicegesellschaft mbH) zur Organisation der Ausstellung vor Ort sowie zur Einpflege in die offizielle Kongress-App, über die unter anderem eine Bewertung durch Kongressteilnehmende erfolgen kann,
- zur Veröffentlichung der nominierten Beiträge mit Name der Autorin bzw. des Autors und Postertitel auf der Website des Deutschen Pflegerat e.V. sowie der DPSG im Zusammenhang mit der Durchführung und Nachbereitung des Deutschen Pflegeetags,
- zur Dokumentation der in den vergangenen drei Jahren nominierten Beiträge, um zu prüfen, ob ein Poster bereits innerhalb dieses Zeitraums ausgestellt wurde und eine erneute Einreichung gemäß den Teilnahmebedingungen ausgeschlossen ist,
- zur organisatorischen Umsetzung einer Einladung der prämierten Teilnehmenden zu den DPR-Ratsversammlungen des folgenden Jahres,
- zur Erfüllung gesetzlicher Nachweis- und Dokumentationspflichten.

Eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken erfolgt nicht, sofern hierfür keine gesonderte Rechtsgrundlage oder eine ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person vorliegt.

Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage der folgenden Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO

zur Durchführung der Posterausstellung beim Deutschen Pflegeetag 2026, einschließlich der Entgegennahme der Einreichungen, der Organisation und administrativen Abwicklung, der Kommunikation mit den Einreichenden, der Durchführung des Auswahlverfahrens sowie der organisatorischen Umsetzung der Ausstellung vor Ort.

Die Verarbeitung ist erforderlich, um die sich aus der Einreichung ergebenden vorvertraglichen Maßnahmen und vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO

zur Wahrung berechtigter Interessen des Deutschen Pflegerat e.V. an

- der ordnungsgemäßen Durchführung und transparenten Darstellung der Posterausstellung,
- der Veröffentlichung der nominierten Beiträge mit Namen der Autor:innen und Postertiteln im Zusammenhang mit dem Deutschen Pflegeetag,
- der Weitergabe der erforderlichen Daten an die DPSG zur organisatorischen Umsetzung der Ausstellung und zur Einpflege in die Kongress-App,
- der Dokumentation der in den vergangenen drei Jahren nominierten Beiträge zur Vermeidung von Doppelinreichungen gemäß den Teilnahmebedingungen sowie
- der organisatorischen Einladung prämiierter Teilnehmender zu DPR-Ratsversammlungen des Folgejahres.

Das berechnigte Interesse liegt in der transparenten Durchführung der Veranstaltung, der Qualitätssicherung sowie der Einhaltung der Teilnahmebedingungen.

Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO

zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, insbesondere handels-, steuer- oder vereinsrechtlicher Aufbewahrungs- und Nachweispflichten.

Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (sofern einschlägig)

sofern darüber hinaus personenbezogene Daten verarbeitet werden, die für die Durchführung der Posterausstellung nicht zwingend erforderlich sind und auf einer freiwilligen Einwilligung beruhen.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt hiervon unberührt.

Regelfristen für die Löschung

Die personenbezogenen Daten der Einreichenden werden nur so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung, Organisation und Nachbereitung der Posterausstellung beim Deutschen Pflergetag 2026 sowie für die Einhaltung der Teilnahmebedingungen erforderlich ist.

Die Löschung erfolgt nach Maßgabe der folgenden Regelfristen:

Daten von nicht nominierten Einreichenden

werden spätestens drei Monate nach Versand der Absage gelöscht, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

Daten der nominierten Einreichenden

(Name der Autorin bzw. des Autors, Postertitel sowie veranstaltungsbezogene Zuordnungsdaten) werden für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem jeweiligen Deutschen Pflergetag gespeichert, um prüfen zu können, ob ein Poster innerhalb dieses Zeitraums bereits ausgestellt wurde und eine erneute Einreichung gemäß den Teilnahmebedingungen ausgeschlossen ist.

Nach Ablauf dieses Zeitraums werden die Daten gelöscht, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

Daten der prämierten Einreichenden

werden ebenfalls für einen Zeitraum von drei Jahren gespeichert, um die organisatorische Einladung zu DPR-Ratsversammlungen des Folgejahres sicherzustellen und die Einhaltung der Teilnahmebedingungen zu dokumentieren. Anschließend erfolgt die Löschung, sofern keine gesetzlichen Nachweis- oder Aufbewahrungspflichten bestehen.

Veröffentlichte Inhalte

Im Rahmen der Veranstaltung veröffentlichte Angaben (z. B. Name und Postertitel auf den Websites des Deutschen Pflegerat e.V. und der DPSG) bleiben grundsätzlich solange online abrufbar, wie ein berechtigtes Interesse an der Dokumentation der Posterausstellung besteht. Eine Löschung erfolgt im Rahmen regelmäßiger Überprüfungen der Veröffentlichungen oder auf begründeten Antrag.

Unabhängig von den vorgenannten Fristen können personenbezogene Daten länger gespeichert werden, sofern und soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen oder eine weitere Speicherung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. In diesen Fällen werden die Daten für andere Zwecke gesperrt und nach Wegfall des Speicherzwecks gelöscht.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger der personenbezogenen Daten sind ausschließlich die Stellen, die mit der Durchführung, Organisation und Nachbereitung der Posterausstellung beim Deutschen Pflergetag 2026 befasst sind. Hierzu zählen insbesondere:

1. die zuständigen Mitarbeitenden des Deutschen Pflegerat e.V., die mit der Organisation, Durchführung und administrativen Abwicklung der Posterausstellung betraut sind,
2. die Mitglieder eines Auswahl- bzw. Bewertungsgremiums, soweit dies für die Sichtung, Prüfung und Auswahl der eingereichten Abstracts erforderlich ist,
3. die DPSG (Deutscher Pflergetag Servicegesellschaft mbH) als organisatorische Partnerin des Deutschen Pflergetags. Die DPSG erhält die für die Durchführung der Posterausstellung erforderlichen personenbezogenen Daten (insbesondere Name der Autorin bzw. des Autors, Postertitel sowie veranstaltungsbezogene Angaben), zur organisatorischen Umsetzung der Ausstellung vor Ort, zur Einpflege der Beiträge in die offizielle Kongress-App, über die eine Bewertung durch Kongressteilnehmende erfolgen kann, sowie zur Veröffentlichung der nominierten Beiträge im Zusammenhang mit dem Deutschen Pflergetag auf den entsprechenden Veranstaltungswebsites.
4. der technische Dienstleister Microsoft als Anbieter des Online-Formulars (Microsoft Forms), der im Rahmen einer Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO eingesetzt wird.

Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an weitere Empfänger erfolgt nicht, sofern hierfür keine gesetzliche Verpflichtung besteht oder eine entsprechende Rechtsgrundlage besteht.

Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Im Rahmen der Einreichung der Abstracts wird das Online-Formular Microsoft Forms eingesetzt. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass personenbezogene Daten auch an Server der Microsoft Corporation übermittelt oder dort verarbeitet werden, die sich außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums befinden, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Microsoft ist unter dem EU-US Data Privacy Framework zertifiziert. Soweit eine Übermittlung in die Vereinigten Staaten erfolgt, stützt sich diese auf den Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission gemäß Art. 45 DSGVO. Darüber hinaus wurden mit Microsoft Standardvertragsklauseln gemäß Art. 46 DSGVO abgeschlossen, um ein angemessenes Datenschutzniveau sicherzustellen.

Eine darüberhinausgehende Übermittlung personenbezogener Daten an andere Drittstaaten oder internationale Organisationen ist nicht beabsichtigt.

Recht auf Widerruf

Soweit die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Grundlage einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO erfolgt, haben betroffene Personen das Recht, diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

Der Widerruf kann formfrei erfolgen, beispielsweise per E-Mail an die in diesen Informationspflichten angegebenen Kontaktdaten.

Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Ein Widerruf kann dazu führen, dass bestimmte Verarbeitungsvorgänge, die auf der Einwilligung beruhen, nicht mehr durchgeführt werden können. Soweit die Verarbeitung jedoch auf einer anderen Rechtsgrundlage (z. B. Art. 6 Abs. 1 lit. b oder lit. f DSGVO) beruht, bleibt diese hiervon unberührt.

Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht auf Auskunft über die von uns zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten. Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

Recht auf Berichtigung

Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung, das heißt Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

Recht auf Löschung

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Wir sind verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
- Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
- Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt.

Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Insbesondere haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit einer Direktwerbung, wenn diese auf Basis einer Interessenabwägung erfolgt. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt.

Die Beschwerde kann bei der zuständigen Aufsichtsbehörde des Mitgliedstaates eingelegt werden, in dem Sie Ihren Aufenthalt oder Ihren Arbeitsplatz haben oder in dem der mutmaßliche Verstoß geschehen ist.